



So geht's!

DEMOKRATIE FÜR KIDS

Wie funktionieren
Wahlen?

Haben Kinder
Rechte?

Wer darf
wählen?

Wer darf
regieren?

Wer ist
der Staat?



SO GEHT DEMOKRATIE!

In einer Demokratie bestimmt das Volk, wer es regieren darf. Dafür gibt es freie Wahlen. In einer Demokratie kann sich auch jede Bürgerin und jeder Bürger zur Wahl stellen. Am besten geht das, wenn man mit anderen Menschen zusammen überlegt, was für alle am besten ist. Und das setzt man dann um.

Das Buch mit Antworten auf wichtige Fragen:

- Wer bestimmt in Deutschland?
- Wie funktionieren Wahlen?
- Wofür stehen Parteien?
- Wie werden Gesetze gemacht?
- Welche Rechte haben Kinder?

Ihre Schülerinnen und Schüler begleiten Familie Strudel mit den Kindern Leon, Jana und Anna und entdecken mit ihnen gemeinsam, wie spannend und wichtig Demokratie ist. Sie erfahren, wie auch sie schon bei vielen Dingen mitmachen und mitbestimmen können.

Videolesung für Schulen

Entdecken Sie die Videolesung mit der Autorin Christine Paxmann für Ihren Unterricht auf www.dk-verlag.de/frieden-und-demokratie-fuer-kids



Abonnieren Sie unseren Newsletter für Lehrer*innen

und erhalten Sie regelmäßig Infos zu neuen Büchern sowie kostenfreie Materialien für Ihren Unterricht.

Jetzt anmelden auf

www.dk-verlag.de/newsletter-schule



Christine Paxmann
Demokratie für Kids
So geht's! Wer darf wählen?
Wer darf regieren? Wie funktionieren Wahlen?
Haben Kinder Rechte?
Wer ist der Staat?
ISBN 978-3-8310-4326-2



FAMILIE STRUDEL

Wenn Familie Strudel um ihren runden Esstisch sitzt, geht es meist ziemlich turbulent zu. Jeder möchte etwas sagen und alle zur gleichen Zeit.

„Nicht alle durcheinander“, mahnt Mama Laura, „denkt an unsere Reihenfolge!“

Papa Nico verzieht sich hinter seine Zeitung, um über Politik zu lesen, und sagt: „Aber keine Angst, ich höre euch trotzdem zu!“

Jetzt dürfen die drei Kinder endlich reden, das jüngste zuerst. Leon ist acht. Über seine Schwester Jana, die nur drei Jahre älter ist, regt er sich manchmal ganz schön auf. Sie tut so, als wüsste sie alles.

Anna, mit ihren 19 Jahren die Große, muss häufig den Streit schlichten. Das kann sie besonders gut, denn sie studiert schon und ist Streitschlichterin in der Studentenvertretung.

Was ist denn Politik?

Der Ausdruck kommt aus dem Griechischen. Die Stadtstaaten im antiken Griechenland hießen Polis.

Politikà bezeichnete die Angelegenheiten des Staates. Heute meint man mit Politik alles, was nötig ist, um das Zusammenleben in der Gesellschaft zu regeln.

BESTIMMER*IN SEIN

Leon ärgert sich oft sehr, wenn er zu wenig zu Wort kommt. Deshalb darf er als jüngstes Familienmitglied immer zuerst reden. „Die Schwächsten muss man besonders behandeln!“, spottet Jana und erntet dafür einen bösen Blick von Leon. Leon erzählt, dass er heute im Fußballverein zum Kapitän gewählt worden ist. Was er als Kapitän alles tun muss, weiß er noch nicht, aber die Armbinde findet er toll. Jana ist Klassensprecherin und erklärt Leon genervt, das sei wie Fußballkapitän, nur ohne Ball. Anna passt auf, dass die beiden friedlich bleiben. Als Streitschlichterin muss man darauf achten, dass man nicht selbst Wut abkriegt.

MAMA UND PAPA FINDEN ES GUT,...

... dass ihre Kinder Verantwortung und Aufgaben übernehmen.

Als Klassensprecherin ist man Vermittlerin zwischen der Klasse und den Lehrer*innen.

Als Fußballkapitän steht man zwischen der Mannschaft und dem Trainer und muss ein guter Spieler sein.

Als Streitschlichterin muss man gelassen bleiben und darf sich nicht von der schlechten Stimmung anstecken lassen.

„Das ist Demokratie“, sagen die Eltern.

„Wenn viele mitreden wollen, braucht es Vertreter*innen, die für die Gruppe, die sie vertreten, sprechen.“

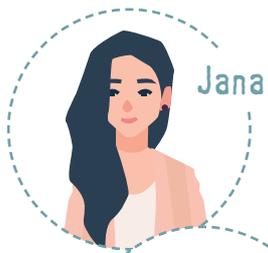
„Bist du deshalb auch im Betriebsrat, Mama?“, fragt Jana.

„Genau, ich will nämlich, dass sich die Menschen, die in der Firma arbeiten, gemeinsam um Probleme kümmern und Lösungen finden“, erklärt Mama Laura, „auch wenn auf beiden Seiten manchmal ganz schöne Betonköpfe sitzen!“

Papa Nico



Mama Laura



Jana



Leon



Anna

PAPA KÜMMERT SICH UM SCHULEN

„Und du bist der Vertreter von den Schulen, oder, Papa?“, fragt Leon. Papa Nico nickt: „Ich bin im Rathaus für alle Themen rund um die Schule zuständig und muss oft mit der Schatzmeisterin und dem Bürgermeister reden.“

Die Schatzmeisterin verwaltet das Geld, das für Schulen, Straßen und Spielplätze gebraucht wird. Der Bürgermeister ist der gesetzliche Vertreter der Gemeinde.

„Und hört dein Bürgermeister immer auf dich?“, will Leon wissen.

„Ein wenig diskutieren müssen wir

schon!“, grinst Papa. „Der Bürgermeister ist der Vorsitzende des Stadtrats. Wenn der Stadtrat etwas beschließt, sorgt der Bürgermeister dafür, dass es umgesetzt wird.“

Im Stadtrat sitzen Gemeindevertreter*innen, die wir Bürger*innen wählen. Sie alle regeln unser Miteinander hier in der Stadt, und somit euren Alltag.“ Papa grinst immer noch breit, denn es freut ihn, dass sich seine Kinder für Politik interessieren.

Stadtrat, Gemeinde, ...

... puh, Leon schwirrt der Kopf. Papa erklärt: „Als Gemeinde oder Kommune bezeichnet man einen Ort, an dem Menschen zusammenleben. Das kann eine Stadt und ihr Landkreis oder nur eine Ansammlung von kleinen Dörfern sein. Die Regierung sitzt in einem Rathaus, Stadthaus oder Gemeindehaus. Die Gemeinde übernimmt bestimmte Aufgaben für ihre Bewohner*innen, zum Beispiel können Paare in der Gemeinde heiraten.“

Mensch, Papa!

„Das Wort Kommune kommt aus dem Lateinischen. Könnt ihr euch vorstellen, was *communis* bedeutet?“, fragt Papa. Jana guckt genervt. „Du bist so ein Oberlehrer!“ „Danke, Jana. Es heißt gemeinschaftlich!“



WER DIE WAHL HAT ...

Leon ist mit Mama beim Einkaufen. Er darf sich heute neue Fußballschuhe aussuchen. „Ich kann mich nicht entscheiden, irgendwie sind alle gleich!“, jammert er.

Mama schmunzelt: Sind sie doch gar nicht, die einen haben andere Farben, bei den anderen sind die Sohlen besonders.“ Da entdeckt Leon seine neuen Schuhe: „Ich will die mit dem FC Bayern-Logo, dann sehen alle, dass ich Fan

bin!“ Leon greift zu den knallroten Schuhen. Mama runzelt die Stirn. „Sollen das wirklich alle wissen?“, fragt sie.

„Unbedingt, weil die dann denken, ich spiele auch so gut“, grinst Leon. Er weiß natürlich, dass das Quatsch ist, aber mit den neuen Schuhen fühlt er sich trotzdem richtig gut.

WENN MAN DIE WAHL HAT ...

... hat man auch die Qual. Bald ist nämlich nicht nur Bürgermeister*inwahl, sondern auch Bundestagswahl. Und als Familie Strudel am Abend vor dem Fernseher sitzt, kommt direkt nach den Nachrichten die Wahlkampfsendung einer Partei. Alle in der Familie geben Kommentare ab.

„Boah, hat die aber komische Haare“, sagt Jana.

„Was sie sagt, ist aber gut. Sie vertritt endlich mal uns Jugendliche“, ereifert sich Anna.

Papa meint: „Ganz schön mutig und erfrischend anders als die übrigen Politiker*innen!“

Mama verzieht das Gesicht: „Ich weiß nicht so recht, besonders sympathisch finde ich sie trotzdem nicht.“ „Ich habe kaum was von dem

verstanden, was sie gesagt hat“, schimpft Leon. „Können diese Politiker sich nicht einfacher ausdrücken?“

„Willst du die wählen?“, fragt Jana ihre große Schwester.

Alle schauen Anna neugierig an. Bei der Bundestagswahl darf sie zum ersten Mal in ihrem Leben auch wählen gehen.

Anna zuckt mit den Schultern. „Ich weiß noch nicht genau, welche Partei ich wählen soll. Es ist gar nicht so einfach, sich zu entscheiden.“

„Das kenne ich“, grinst Leon. „Genau wie bei Fußballschuhen!“

Wahlwerbespots

Vor Bundestagswahlen dürfen Parteien, die bundesweit tätig sind, in ARD, ZDF und den Regionalprogrammen Wahlwerbespots veröffentlichen. Das erlaubt das Parteiengesetz.



Ab 18 Jahren ...

... darf man in Deutschland wählen und so die Demokratie mitgestalten. Eine Wahlpflicht gibt es nicht, das heißt, man muss nicht wählen. Wer nicht wählt, darf sich dann aber auch nicht beschweren, wenn ihm die Zustände nicht gefallen. Noch mehr gestalten kann man, wenn man sich politisch engagiert und zum Beispiel einer Partei beiträgt. Das geht schon ab dem 14. Lebensjahr.

Wahlprogramme

Jede Partei hat ein Wahlprogramm, in dem drinsteht, wofür eine Partei sich einsetzt, für welche Werte sie steht und was sie erreichen möchte. Das Programm wird in der Regel von den Parteimitgliedern auf einem Parteitag beschlossen, den jede Partei regelmäßig abhält.

Man kann die Programme auf den Webseiten der Parteien nachlesen, auch in verkürzter Form. Oder die Kandidat*innen verteilen Aufkleber mit dem Wahlslogan und dem Parteilogo. Das ist dann so ähnlich wie das Vereinslogo am Fußballschuh. Leute können so offen zeigen, für wen sie sind.

Vor wichtigen Wahlen wie der Bundestagswahl nehmen sich die Parteien oft große Ziele vor. Nicht immer werden die dann nach der Wahl umgesetzt. Solche Pläne nennt man Wahlversprechen.

WELCHE PARTEI PASST ZU MIR?

„Ich will eine Partei, die den Schulbeginn auf 10 Uhr vormittags legt“, sagt Jana.

„Ich will eine Partei, die Fußball zum Hauptfach macht“, wünscht sich Leon.

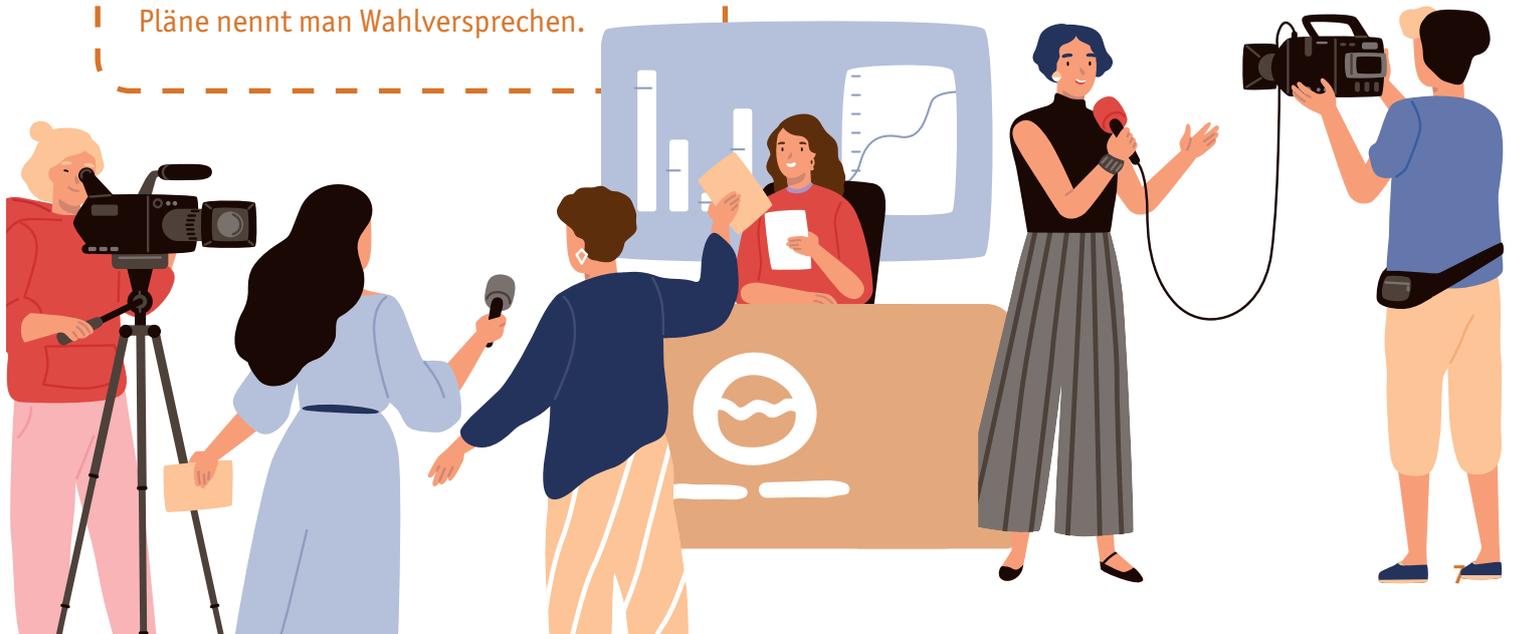
Und Papa wedelt mit der Zeitung und sagt: „Ich will, dass Zeitunglesen Schulfach wird, damit alle Kinder falsche von echten Wahrheiten unterscheiden lernen.“

„Müssen wir uns jetzt alle Parteiprogramme durchlesen, um herauszufinden, welches die richtige Partei für uns ist?“, fragt Jana.

Anna hat ihren Laptop aufgeklappt. „Wie wäre es, wenn wir einfach mal schauen, was der Wahl-O-Mat für euch errechnet? Ihr müsst nur ein paar Fragen beantworten, dann sagt er euch, mit welcher Partei eure Meinung am meisten übereinstimmt! Vielleicht finde ich so ja auch heraus, welche Partei ich wählen sollte.“ Alle machen begeistert mit.

Wahl-O-Mat

Den Wahl-O-Mat gibt es seit 2002. Er ist eine Frage-und-Antwort-Plattform im Internet. Alle zur Wahl zugelassenen Parteien dürfen sich daran beteiligen. Mit seiner Hilfe kann man herausfinden, welcher Partei man nahesteht. Dazu muss man 38 Aussagen mit „ich stimme zu“ oder „ich stimme nicht zu“ beantworten. Dann vergleicht der Wahl-O-Mat das mit den Antworten der Parteien und zeigt, mit wem man am meisten übereinstimmt. Das ist eine gute Methode, um Parteiprogramme kennenzulernen.



KÖNNEN KINDER POLITIK MACHEN?

Jana ist empört. Vor ihrer Schule, genau da, wo sie mit ihren Freundinnen immer noch eine Weile herumstehen und Spaß haben kann, soll ein neuer Kiss-and-Ride-Parkplatz hin!

„Die Ecke ist so schön, da ist dieser tolle Baum und ein Busch. Und wenn es regnet, macht uns das gar nichts aus. Sollen die den Parkplatz doch an die Turnhalle drankleben!“ Mama horcht auf:

„Was ist denn ein Kiss-and-Ride-Parkplatz?“
„Na so einer, wo man nur kurz stehen bleibt und das Kind aus dem Auto springen lässt, damit es ja keinen Meter zu Fuß laufen muss, bevor es lange in der Schule sitzt“, erklärt Papa.

„Ich fände es schon cool, wenn du mich mal mit der Limousine vom Bürgermeister samt Chauffeur in die Schule bringen würdest“, sagt Leon. Jana funkelt ihn wütend an.

MITBESTIMMEN

„Gibt es denn keine Möglichkeit, dagegen was zu machen?“, fragt Jana ihren Vater. „Doch, bestimmt. Du bist ja wahrscheinlich nicht allein mit deiner Wut. Geht zu eurer Klassenlehrerin und fragt sie, wann ihr einen Kinderrat einberufen dürft, weil ihr Fragen zu dem Parkplatz habt. Gut wäre, wenn auch die Lehrerin, die Direktorin und jemand vom Planungsreferat der Stadt dabei wäre. Begründet euren Wunsch. Ihr seid diejenigen, die den ganzen Tag in der Schule sind. Für euch muss das Umfeld stimmen. Habt ihr Ideen, wie es anders gehen könnte?“, fragt Papa.

„Klar haben wir Ideen“, sagt Jana, „man könnte ein FuRaRo-Bonusheft ausgeben. Alle, die zu Fuß, mit dem Rad oder Roller in die Schule kommen, kriegen einen Stempel. Wer am Ende des Jahres die meisten in seinem Heft hat, hat gewonnen.“ Papa nickt erfreut.

„Sehr gut, mit solchen Vorschlägen könnt ihr in die Sitzung gehen. Ihr könnt euch auch „Anwälte“ mit dazu nehmen. Zum Beispiel bieten viele Parteien an, die Interessen der Kinder zu vertreten. Im Rathaus gibt es auch eine Kinderbeauftragte, die kann euch Tipps geben.“



DREI TAGE SPÄTER

Der Kinderrat war ein voller Erfolg. Jana und einige Freundinnen haben mit der Direktorin gesprochen. Sie hat die Turnhalle zur Verfügung gestellt. Vor dem Termin haben sie noch bei ihren Mitschüler*innen Unterschriften gesammelt und ihnen von der Versammlung erzählt. Über die Hälfte aller Schüler*innen sind dann gekommen, außerdem die Direktorin, viele Lehrer*innen, zwei Vertreter*innen von Parteien und ein Mann von der Stadt.

„Erst habe ich geredet, dann die Direktorin und dann der Mann von der Stadt. Das war öde, denn der hat lauter komplizierte Sachen gesagt über Bauverordnungen, Sicherheit und Fluchtwege, die keiner verstanden hat. Aber dann haben sich die Leute von den Parteien ins Zeug gelegt und es wurde spannend. Im Anschluss wurde diskutiert. Am Ende gab es ein Protokoll mit Argumenten, pro und contra!“

Jana ist ganz rot geworden im Gesicht, so aufgeregt ist sie.

„Und das Ergebnis?“, fragt Leon neugierig.

„Das Ganze kommt noch mal in einen Ausschuss!“, sagt Jana stolz. „Und die Parkplatz-Pläne liegen erst mal auf Eis!“

Pro & contra

Pro bedeutet für, *contra* heißt gegen. Ein Argument ist eine Begründung oder ein Beweis für eine Behauptung.

Demokratie für Kids

Das Beispiel von Jana zeigt, dass Kinder mit der Mitsprache genau dort starten können, wo sie sind, nämlich in der Schule. Auf diesen Internetseiten kann man sich darüber informieren:

Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** stellt ein Programm zur Verfügung, das Gemeinden auffordert, das Thema Demokratie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten. Viele Städte setzen das erfolgreich um:

www.demokratie-leben.de

Hanisauland heißt die Internetseite der **Bundeszentrale für politische Bildung**, wo Kinder Fragen zu Demokratie und Politik stellen können:

www.hanisauland.de

Die Sendung mit der Maus hat eine Themenseite zu Demokratie mit Gastbeiträgen:

www.wdrmaus.de/extras/mausthemen/demokratie/index.php5

Seit 1977 gibt es mit **logo!** eine Nachrichtensendung für Kinder:

www.zdf.de/kinder/logo

Die Suchmaschine für Kinder **FragFinn** bietet 11 000 Seiten mit Informationen für Kinder, die von Fachleuten geprüft wurden:

www.fragfinn.de

Das **Institut für Demokratieforschung** bietet Informationen und Spielideen an, mit denen man Demokratie üben kann:

www.kinderdemokratie.de/planspiel

Jana



Direkt geht's am besten

Viele Gemeinden wollen Politik mit und für Kinder machen. Es gibt Kinderbeauftragte, die Versammlungen für Kinder abhalten oder sogar Kinderparlamente einrichten. Dort wird gefragt, was sich Kinder wünschen. Häufig sind es Verbesserungen zur Freizeit, zum Beispiel mehr Bolzplätze, mehr Bäume oder Toiletten auf Spielplätzen. Wichtig ist, dass diese Wünsche dann auch verwirklicht werden und die Kinder erkennen, dass sie ernst genommen werden.

WAS HEISST DENN DEMOKRATIE?

Viele politische Fachbegriffe kommen entweder aus dem Lateinischen oder aber aus dem Griechischen. Auch das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen: *demos* = Volk, *kratos* = Gewalt, Macht. Demokratie heißt übersetzt so in etwa Herrschaft des Staatsvolkes. Aber warum haben die alten Griechen einen solchen Einfluss auf unsere politischen Begriffe heute?

DIE WIEGE DER DEMOKRATIE

In Athen wurde die *Demokratie*, die Herrschaft des Volkes, erfunden! Die Geschichte der Stadt geht 7500 Jahre zurück bis in die Jungsteinzeit. Um 1600 vor Christus wurde dort auf einem Hügel die mächtige Burganlage Akropolis errichtet. Die Blütezeit Athens begann ab dem 6. Jahrhundert vor Christus, als sich Athen als *Polis* bezeichnete, als Stadt. Gemeint war damit vor allem der Zusammenschluss aller Bürger.



Gedichte für das Volk

Manche Verse von Solon sind überliefert, deshalb wissen wir von seinen Gedanken. Er schuf die Grundlagen der Demokratie.

SOLON

Wenn viele Menschen zusammenleben, braucht es eine Ordnung. Solon war ein Politiker und Dichter aus dem alten Griechenland, der sich viele Gedanken darüber gemacht hat. Und er schrieb Gedichte. Gedichte, echt jetzt? Ja, er verpackte seine Gedanken zur Ordnung der Gesellschaft in Verse. Damit trat er öffentlich auf – das war Wissen und Unterhaltung in einem. Er sagte auch das erste Mal: „Unsere Polis – unsere Stadt.“

Solon sorgte dafür, dass ein wichtiger Hafen unter die Verwaltung Athens kam. So konnte der Handel wachsen. Und er war Streitschlichter.

Im damaligen Athen gab es große Unterschiede zwischen den Menschen. Einige wenige waren sehr reich und viele waren arm, ein Krieg drohte. Solon war wichtig, dass die Bürger mitbestimmen durften.

Solons neue Ordnung

- Er schuf den Rat der 400. Das war ein Zusammenschluss von Bürgern aus allen Schichten, die mitbestimmen durften.
- Er erließ verschuldeten Kleinbauern ihre Schulden und gab ihnen Land, damit sie eine Lebensgrundlage hatten.
- Er schaffte viele Abhängigkeiten ab.
- Er ließ Gesetze auf Holztäfelchen niederschreiben.



Trotzdem ungerecht

Auch wenn die Demokratie in Athen (man nennt sie auch attische Demokratie) eine große Verbesserung war:

Im Staat mitbestimmen durften nur Männer, die in Athen geboren waren, sogenannte Vollbürger. Kinder, Frauen und Sklaven waren nicht berechtigt, mitzubestimmen, Zugezogene auch nicht.

KLEISTHENES

Kleisthenes lebte von 570 bis 507 v. Chr. und war ein Staatsmann in Athen. 507 v. Chr. führte er eine Reform durch, die sich auf die Ideen von Solon stützte. Er setzte durch, dass alle Vollbürger aus allen Schichten mitbestimmen durften, und schuf weitere Ungerechtigkeiten unter den Menschen ab.

PERIKLES

Perikles lebte von 490 bis 429 v. Chr. und war ein entfernter Verwandter des Kleisthenes. Er gilt als Begründer der „attischen Demokratie“, denn er schuf den Rat der 500 und die Volksversammlung, bestehend aus Bürgervertretern.

Diese bekamen eine kleine Entschädigung für ihre Mitarbeit, sogenannte Diäten. Perikles schränkte außerdem die Herrschaft mächtiger Adelsfamilien ein, um die Bürger mehr an der Politik zu beteiligen. Dazu führte er das Scherbengericht ein – eine Art Stimmzettel aus Ton. Weil er Entscheidungen zusammen mit den Bürgern traf, entwickelte sich die Stadt Athen unter Perikles prächtig und wurde immer reicher und mächtiger.

Perikles' Erbe

Seit 1906 erhalten deutsche Politiker*innen in Parlamenten und Ausschüssen eine Bezahlung. Vor 1906 war das politische Engagement ein reines Ehrenamt, also unbezahlt.

„Demokratie entsteht, wenn man nach Gleichheit aller Bürger strebt und die Zahl der Bürger, aber nicht ihre Art berücksichtigt.“
Aristoteles, griechischer Gelehrter, 4. Jh. v. Chr.

„Ungerechtigkeit an einem Ort bedroht die Gerechtigkeit an jedem anderen.“
Martin Luther King, amerikanischer Bürgerrechtler, 20. Jh.

„Ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, einen Unterschied zu machen.“
Greta Thunberg, Klimaaktivistin, 21. Jh.

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von allen anderen.“
Winston Churchill, britischer Politiker, 20. Jh.



WAS IST EIGENTLICH DER STAAT?

Leon guckt unglücklich: „Wenn das alles Staatsformen sind, dann habe ich immer noch nicht verstanden, was genau ein Staat eigentlich ist. So etwas wie ein Land?“

Mama nickt: „Ein Staat ist aber nicht nur das Land mit den Menschen, die darin leben, sondern auch die Gesetze, die dort gelten, und die Menschengruppen, die diese Gesetze machen und umsetzen.“

Leon wird nachdenklich: „Könnte ich dann

also auch meinen eigenen Staat haben, in dem ich die Gesetze mache?“

Papa schmunzelt: „Du meinst als Alleinherrscher in deinem Zimmer? Oder sind wir dann dein Volk und dürfen dir das Essen ans Bett bringen und ab und zu neue Computerspiele kaufen?“ Leon findet diese Vorstellung eigentlich ganz gut.

REGELN GIBT ES ÜBERALL

„Warum ist in unserer Familie eigentlich die wichtigste Regel, dass man nie genug Computerspiele spielen darf?“, fragt Leon nach. Papa lacht. „Ja, in einer Familie gibt es auch Regeln, über die man sich abstimmen muss. Ich wäre ja dafür, das Recht auf Mittagsschlaf im Gesetz zu verankern!“

„Wie macht man denn so ein Gesetz für Mittagsschlaf?“, fragt Leon, der heimlich schon ein Computerspielpflichtgesetz für alle plant.

DAS RECHT AUF MITTAGSSCHLAF

In dem Moment kommen Oma und Opa herein.

„Ein Recht auf Mittagsschlaf? Dafür bin ich auch!“, ruft Opa sofort.

„Gesetzgebung ist ziemlich kompliziert“, meint Oma. „Willst du den Kindern nicht erst mal erklären, wie unser Staat aufgebaut ist, Nico?“

„Aber erst mal essen wir“, schlägt Opa vor.

Kann das Recht auf Mittagsschlaf ein Gesetz werden?

Wenn alle finden, dass Mittagsschlaf eine Gesellschaft stark macht und der Gemeinschaft und dem/der Einzelnen einen Vorteil bringt, dann ja. Vielleicht ist der Mittagsschlaf ein lustiges Beispiel, aber das Recht auf ausreichend Ruhe ist schon durchgesetzt worden, zum Beispiel mit der 40-Stunden-Woche und dem Recht auf Feierabend für Arbeitende. Das alles haben die Gewerkschaften, also die Vertretungen der Arbeitenden, auf den Weg gebracht. Früher mussten die Menschen oft 60 Stunden und mehr pro Woche arbeiten. Eine gute Regierung eines Staates greift die Wünsche und Vorschläge ihres Volkes auf und macht Gesetze daraus.



Das Prinzip Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine **parlamentarische Demokratie**, das heißt, Entscheidungen werden durch Volksvertreter*innen getroffen, nicht direkt vom Volk.

- Die drei Staatsgewalten heißen **Exekutive**, **Legislative** und **Judikative**. Das sind die Regierung, das Parlament und die Gerichte.
- Eine besondere Stellung nimmt das **Bundesverfassungsgericht** ein.
- Deutschland gliedert sich außerdem in **16 Bundesländer**, die alle noch einmal für sich bestimmte Entscheidungen treffen dürfen.
- Im **Bundesrat** sitzen Vertreter*innen der 16 Bundesländer. Der Bundesrat entscheidet zusammen mit dem Bundestag über Gesetze.

Für die Bundesrepublik Deutschland gelten einige wichtige Grundsätze:

- Grundprinzip: **Die Würde des Menschen ist unantastbar.**
- **Demokratie** = Alle Macht geht vom Volk aus.
- **Republik** = Der Staat wird als Gemeinwesen regiert, die Staatsmacht geht vom Volk aus.
- **Bundesstaatlichkeit** = Föderales Prinzip (Alle 16 Bundesländer dürfen mitbestimmen.)
- **Sozialstaat** = Schutz, Fürsorge, soziale Gerechtigkeit für alle Bürger*innen.
- **Rechtsstaat** = Der Staat schafft verbindliche Rechte und sorgt dafür, dass unabhängige Einrichtungen sie verwalten.
- **Gewaltenteilung** = Rechtsprechung, Ausübung von Staatsgeschäften und Gesetzgebung liegen nie in einer Hand.
- **Widerstandsrecht** = Jeder Mensch hat das Recht, sich unter bestimmten Umständen gegen staatliche Verordnungen aufzulehnen. Zum Beispiel durch Demonstrationen.

Was ist Gewaltenteilung?

„Exekutive, Legislative, Judikative, na, was glaubt ihr, woher die Worte kommen?“, Papa strahlt. Anna verdreht die Augen: „Das ist die *ausübende*, die *gesetzgebende* und die *rechtsprechende* Gewalt im Staat. Alle drei dürfen nie in einer Hand sein, um Missbrauch vorzubeugen. Und natürlich ist das alles mal wieder Latein!“

Alles zusammen ergibt die Bundesrepublik Deutschland.

Aus diesen „Bünden“ besteht die Bundesrepublik Deutschland

Bund

Das sind alle 16 Bundesländer: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

Das sind z. B.: Köln, Oberfranken usw.

Bundesländer

Regierungsbezirke

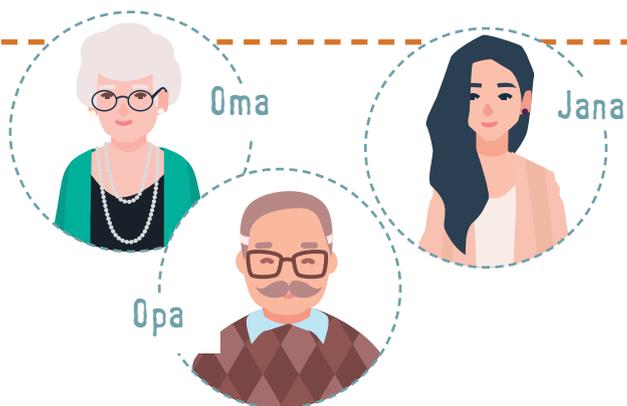
Das sind Berlin, Hamburg und Bremen.

Das sind z. B.: Städte und ihr Umland, Gemeindezusammenschlüsse usw.

**Landkreise
Gemeindeverbände
Gemeinden
Kreisfreie Städte**

Stadtstaaten

VOM KLEINEN INS GROSSE WÄHLEN



Und den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin wählen auch die Bürger*innen in einer großen Wahl?", fragt Jana ihre Großeltern. „Nein“, sagt Oma, „die werden im Bundestag von Volksvertreter*innen gewählt, alle vier Jahre.“ „Aber wir Bürger*innen wählen diese Vertreter*innen bei der Bundestagswahl“, ergänzt Opa.

WER SIND DIE BESTIMMER*INNEN?

„Bin ich als Bundeskanzler der Bestimmer über Deutschland?“, fragt Leon, der jetzt offenbar einen neuen Berufswunsch hat. „Irgendwie schon, denn als Bundeskanzler leitest du die Regierung“, meint Opa.

„Aber das höchste politische Amt im Staat hättest du als Bundespräsident“, weiß Oma. „Da musst du dich nicht so sehr um die Tagespolitik kümmern, das macht die Bundesregierung. Als Bundespräsident vertrittst du dein Land nach außen. Bundespräsident*innen reden aber durchaus auch mal dem Volk ins Gewissen, trösten oder ermuntern. Sie haben eine wichtige Aufgabe und müssen sehr gewissenhaft damit umgehen.“ „Dann werde ich Bundespräsident“, sagt Leon. „Leider musst du da noch ein bisschen warten“, sagt Opa, „denn man muss mindestens 40 Jahre alt sein, um dieses Amt zu übernehmen.“

Der/die Bundespräsident*in

wird alle fünf Jahre gewählt, und zwar von der Bundesversammlung. Diese Gruppe setzt sich aus allen Mitgliedern des Bundestags und einer ebenso großen Gruppe von Bürger*innen des ganzen Landes zusammen.

Der/die Bundeskanzler*in

ist Regierungschef*in der Bundesrepublik. Kanzler*in und Bundesminister*innen bilden zusammen die Regierung. Als Bundeskanzler*in bestimmt man Regierungspolitik. Man hat eine mächtige Stellung. Bundespräsident*in und Bundestagspräsident*in stehen aber in der Rangfolge darüber.

DA SPIELEN VIELE MIT

„Wer ist denn beim Regieren noch alles beteiligt?“, fragt Leon. „Das sind ja unheimlich viele!“

„Wenn du so willst, sind wir alle daran beteiligt, also alle, die wir wählen dürfen,“ erklärt Oma. Opa ergänzt: „Wir wählen Vertreter*innen für uns. Damit die auch nicht alleine entscheiden, gibt es den Bundesrat. Der setzt sich aus den Vertreter*innen jedes Bundeslandes zusammen. Das ist in Deutschland besonders: Jedes unserer 16 Bundesländer hat eine Landesregierung. Diese Landesregierung entsendet Vertreter*innen in den Bundesrat, der die Interessen der Bundesländer vertritt.“

Der Bundestag

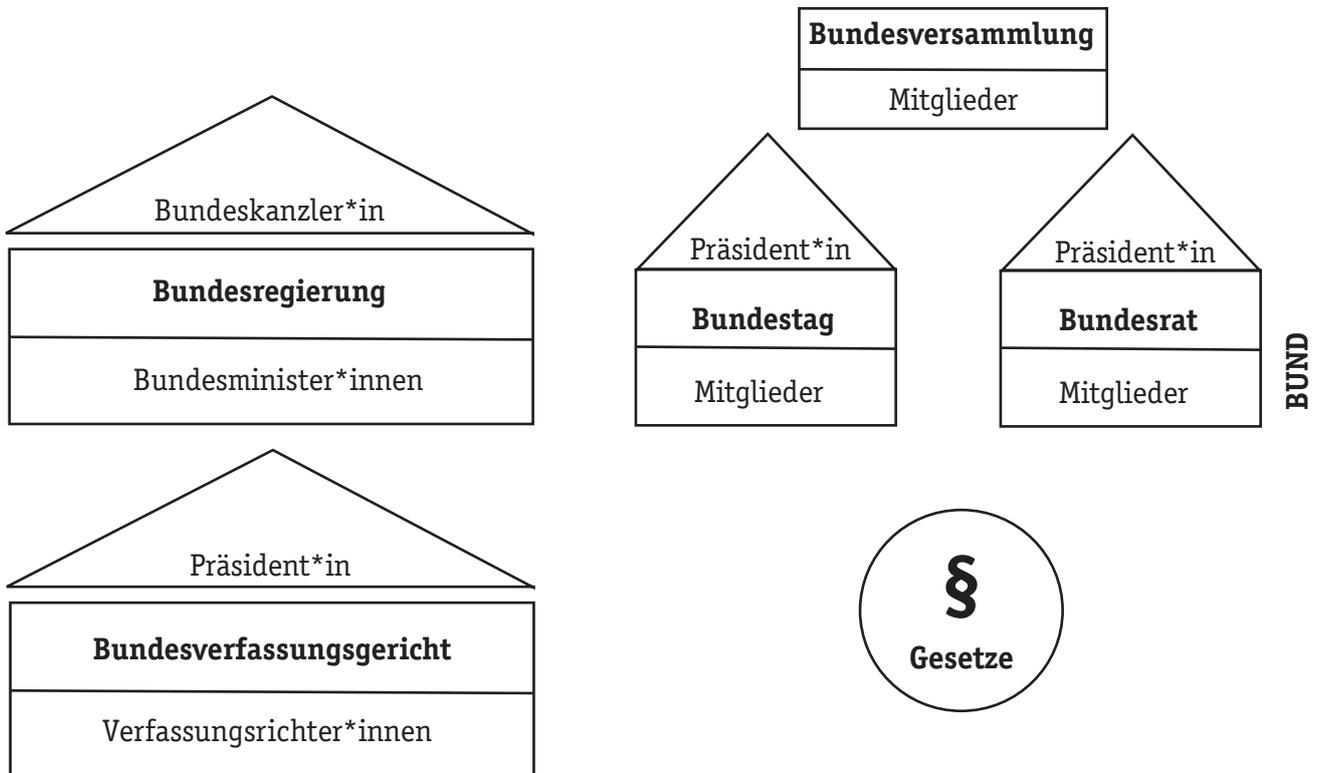
Die Volksvertreter heißen Abgeordnete. Sie ziehen in den Bundestag ein. Der Sitz des Deutschen Bundestags ist das Reichstagsgebäude in Berlin, dort trifft man sich im Plenarsaal. Die Abgeordneten sitzen dort geordnet nach den Parteien, denen sie angehören, und können sich so zu Fraktionen, also Bündnissen, zusammenschließen. Der Bundestag kann Gesetze auf den Weg bringen und entscheidet über den Staatshaushalt. Außerdem wählt er den/die Bundeskanzler*in. Unterstützt wird der Bundestag vom Bundesrat.

Der Bundesrat

Der Bundesrat ist ein besonderes Organ, das zusammen mit dem Bundestag an der Gesetzgebung beteiligt ist. Der Bundesrat kann Gesetzentwürfen zustimmen, sie ablehnen oder verlangen, dass noch mal diskutiert wird. Das nennt man, einen Vermittlungsausschuss einberufen.

Gewählt wird von unten nach oben. Auf der Ebene des Bundes wählen wiederum die verschiedenen Häuser gegenseitig und wechselseitig. Das garantiert, dass niemand alleine „herrschen“ kann.

Bundespräsident*in



Landesparlamente

16
Länder

Landesregierung

Wahlberechtigte
zum Beispiel Mama, Papa, Anna, Oma und Opa

LÄNDER

PARTEIEN UND IHRE FARBEN

Leon sieht sich den Bundestag an. Wenn alle anwesend sind, können das fast 700 Abgeordnete sein. Aber was hat es mit den Farben bei den Parteien auf sich?

„Die Roten sitzen immer links und die Schwarzen sind leicht verrutscht aus der Mitte, also Mitte rechts“, analysiert Jana mit wichtiger Miene.

Anna sagt: „Früher saßen die näher beieinander, aber jetzt hat man die Grünen dazwischengebaut, während die Gelben, die eigentlich in

die Mitte gehören, weil sie ja Liberale sind, nun leicht außen sitzen!“

Leon schwirrt der Kopf. Wenn Anna gesagt hätte, dass die Borussen auf Schalke keinen Punkt geholt haben, während die Roten aus München die Hertha geschlagen haben, dann hätte er das verstanden. Doch Politik ist kein Fußballspiel. Und die Farben und Positionen der Parteien im Bundestag haben eine lange Geschichte. Papa erzählt schon weiter.

JUNGE DEMOKRATIE

„Mit der März-Revolution 1848 begann die demokratische Geschichte Deutschlands. Allerdings dauerte es noch eine ganze Weile, bis Deutschland eine richtige Demokratie wurde“, sagt Papa, „denn es gab viele, die die alte Ordnung wiederhaben wollten. Erst mal kam wieder ein Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1914–1918). Danach folgte mit der Weimarer Republik eine Demokratie, doch 1933 kam Adolf Hitler an die Macht. Die schlimme Zeit des Nationalsozialismus begann (1933–1945). Als diese Diktatur vorüber war, wurde Deutschland geteilt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 eine Demokratie. Die DDR wurde 1949 zu einem sozialistischen Land, das sich zwar Deutsche Demokratische Republik nannte, aber keine richtige Demokratie war. Seit 1990 sind die beiden deutschen Staaten wiedervereint und eine Demokratie. Seitdem ist auch das Parlament bunter geworden. So“, sagt Papa, „und jetzt muss ich ins Rathaus!“



Die demokratische Bewegung

Mit der März-Revolution von 1848 wurde im Deutschen Staatenbund die erste demokratische Bewegung gestartet. Man bezeichnet dies auch als die Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Viele Leute forderten damals mehr Mitbestimmung bei der Regierung, verlangten mehr Gleichheit. Dazu kam eine starke Arbeiter*innenbewegung, denn es gab immer mehr Industrie mit großen Fabriken. Überall entstanden Eisen- und Textilwerke und die Eisenbahn fuhr durch ganz Europa. Die alte Weltordnung aus Adel, Bürgern und Bauern funktionierte nicht mehr. Viele gebildete Leute forderten, dass Entscheidungen des Staates sich nach dem Willen des Volkes richten sollten.

Die Vertreter*innen der neuen Linie nannten sich Demokraten und Liberale.

Ab 1848 fanden in der Frankfurter Paulskirche die ersten Zusammenkünfte der Vertreter*innen dieser Parteien statt. Es waren die Vorläufer des heutigen Parlaments. Und die Sitzordnung der Parteien war damals schon so wie heute: Links außen waren die Vertreter der Arbeitenden, dann die sozialdemokratisch Gesinnten, in der Mitte die Liberalen und rechts die Konservativen.

Farbenkunde

Aus der Zeit der Revolutionen stammen auch die Kennfarben der Parteien. Sie stehen für die politische Ausrichtung und werden auf der ganzen Welt verstanden.

Gelb ...

... steht heute für die FDP, die sich für eine liberale Politik einsetzt. Der Liberalismus hat sich im England des 17. Jahrhunderts entwickelt. Man forderte damals wirtschaftliche, ethische und persönliche Freiheit für jeden Menschen.

Rot...

... waren die Mützen der aufständischen Jakobiner in der Französischen Revolution. Rot war auch die Flagge in der März-Revolution. Sie stand für Aufbruch! Arbeitervereine verwendeten die Farbe Rot. Bis heute steht Rot für linke Parteien, von Kommunisten bis Sozialdemokraten, zum Beispiel SPD und die Linke.

Grün ...

... ist eine junge Parteienfarbe und steht für Bündnis 90/Die Grünen. Die Partei wurde 1980 gegründet mit den Schwerpunkten Umwelt, Natur, Klimapolitik.

Schwarz

„Die Schwarzen“ steht bis heute für konservative Parteien, wie CDU und CSU, ist aber veraltet. Das Schwarz sollte früher an die vielen Geistlichen erinnern, die in den beiden christlichen Parteien waren. In Italien steht Schwarz für Faschismus und weltweit für Anarchie.

Braun ...

... steht für extrem rechtsnationale Parteien und erinnert an die Hemden der Sturmtruppen Hitlers.

Blau

Manche Parteien eignen sich Farben an, um harmlos zu wirken: zum Beispiel die Alternative für Deutschland, kurz AfD. Sie verwendet Blau als ihre Farbe.

Aber:

Um Verwechslungen zu vermeiden, hat sich die CDU schon seit längerem die Farbe Rot verpasst ...

und ...

... die in Bayern regierende Schwesterpartei CSU trägt Himmelblau wie die bayerische Fahne.

Blau ...

... ist auch die Farbe der Europäischen Union, weil die Europaflagge einen blauen Grund hat.

Mit Orange

können sich viele identifizieren. In Deutschland stehen die Parteien ödp, Freie Wähler und Die Piratenpartei dafür.

WOFÜR STEHEN DIE PARTEIEN?

Anna fragt abends beim Abendbrot Leon: „Ich habe gehört, dass du in deinem Zimmer deinen eigenen Staat planst. Das klingt cool. Kann ich da mitmachen?“ Leon denkt kurz nach und meint dann: „Warum eigentlich nicht?“ Anna fragt weiter: „Gibt es bei dir auch Parteien?“ Darüber hat Leon noch gar nicht nachgedacht. Er fragt zurück: „Was ist denn der Vorteil von so einer Partei? Wozu brauche

ich die überhaupt?“ Anna lacht: „In einem Staat mit dir alleine brauchst du sie vermutlich nicht. Aber wenn viele Menschen in einem Staat leben, wollen einige sich mit anderen zusammenschließen, die so ähnliche Ziele haben wie sie, weil sie glauben, dass sie gemeinsam eher etwas erreichen können.“ Leon findet das richtig gut.

GIBT ES EINE KINDERPARTEI?

Mama erzählt: „Wenn Menschen finden, dass ihre Wünsche von den Parteien, die es gibt, nicht erfüllt werden, können sie auch eine neue Partei gründen. Dann suchen sie andere Menschen, die auch so denken wie sie, und überlegen sich gemeinsam ein Programm.“

Leon findet, dass das nach viel Arbeit klingt, und möchte daher wissen: „Welche Partei von denen, die es schon gibt, ist denn für uns Kinder da?“

Papa wackelt mit dem Kopf: „Es gibt keine richtige Kinderpartei. Man darf erst ab 16 Jahren Mitglied in einer Partei werden. Einige Parteien haben auch

Jugendorganisationen, in denen auch Jüngere eintreten können.“

Das findet Leon ziemlich ungerecht: „Anna, wenn du bei meinem Staat mitmachst, kannst du gerne auch bei mir in die Kinderpartei eintreten. Bei mir gibt es keine Altersbeschränkung! Auch nicht nach oben. Man muss sich nur für die Rechte und Wünsche der Kinder einsetzen. Jana, bist du auch dabei?“ Jana findet die Idee gut: „Abgemacht!“ Mama und Papa fragen gleichzeitig: „Dürfen wir auch mitmachen?“



Die Parteien im deutschen Bundestag

Wir haben eine Parteienlandschaft, die viele unterschiedliche Meinungen abdeckt. Jede Partei steht für Grundwerte, die sie vertritt. Manche Parteien sind sehr alt, zum Beispiel die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**. Es gibt sie seit 1890. Sie war einmal eine Arbeiterpartei. Heute steht sie für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie tritt für einen Sozialstaat und für soziale Reformen ein. Familie, Bildung und Gleichberechtigung sind ihr wichtig. Die SPD lehnt Atomkraft ab. Eine ihrer wichtigsten Säulen ist die Sozialpolitik.

Die **Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)** wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Sie steht für christliche Werte, wirtschaftliche Freiheit, den Schutz der Familie, sozialen Frieden, Wohlstand, Sicherheit, soziale Marktwirtschaft, gute Handelsbeziehungen zu anderen Ländern. Die Schwesterpartei **Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)** gibt es nur in Bayern. Sie bildet mit der CDU eine Fraktion im Bundestag.

Bündnis 90/Die Grünen wurden 1993 gegründet. Die Grünen gibt es bereits seit 1980. Sie schlossen sich 1993 mit der Partei Bündnis 90 zusammen, die im Osten Deutschlands gegründet wurde. Die Schwerpunkte der Partei sind die Themen Umweltschutz, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Demokratie. Konkret setzen sie sich für Energiewende,

Mindestlohn, Nachhaltigkeit, Ausbau der Kinderbetreuung und Klimaschutz ein. Wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis hinterfragen sie kritisch.

Die **Freie Demokratische Partei (FDP)** wurde 1948 gegründet. Ihre Basis ist der Liberalismus. Das heißt: „So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich.“ Staatliche Einmischung, vor allem in die Wirtschaft, findet die FDP nicht gut. Die FDP möchte auch das Steuersystem verändern: Jeder Mensch soll so viel Freiheit wie möglich haben, ohne auf soziale Gerechtigkeit verzichten zu müssen.

Die Partei **DIE LINKE** entstand 2007 aus einer Abspaltungsgruppe der SPD und der Linkspartei PDS, die ihre Wurzeln in der DDR hatte. Die Partei setzt sich für maximale soziale Gerechtigkeit ein, also für den Ausbau von Bildung, Kinderbetreuung, bezahlbaren Wohnraum und ausreichend bezahlte Arbeit für alle. Steuerabgaben sollen sich stärker an den Einkünften orientieren. Die Partei wünscht sich mehr direkte Mitbestimmung des Volkes.

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde 2013 gegründet. Sie wird als rechtspopulistische Partei eingestuft. Die AfD leugnet den von Menschen gemachten Klimawandel, ist gegen Einwanderer und lehnt die Gleichstellung von Frau und Mann ab. Sie ist für eine traditionelle Familie mit Mutter und Vater und lehnt Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern ab.



ÄHNLICH UND DOCH ANDERS

„Viele Parteien wollen doch ganz ähnliche Sachen“, sagt Leon, „warum wählt ihr denn dann?“ „Weil es eben doch Unterschiede gibt“, sagt Papa. „So wie bei Fußballvereinen, da können auch alle Fußball spielen. Und doch hat jede Mannschaft ihren eigenen Stil. Das hat viel mit den Wahlprogrammen zu tun, aber auch mit den Leuten in einer Partei. Manche Menschen wählen bei jeder Wahl anders, die nennt man Wechselwähler*innen, die anderen heißen Stammwähler*innen.“